

Protokoll 118. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 28. März 2012, 17.00 Uhr bis 20.26 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Joe A. Manser (SP)

Beschlussprotokoll: Sekretär Christian Aeschbach (FDP)

Anwesend: 121 Mitglieder

Abwesend: Marlène Butz (SP), Sven Oliver Dogwiler (SVP), Tamara Lauber (FDP), Karin Rykart Sutter (Grüne)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|----|--------------------------|---|-----------|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 2. | 2010/167 | RPK, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle der zurückgetretenen Monika Erfigen (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2010-2014 | |
| 3. | 2012/88 | * Weisung vom 14.03.2012:
Tiefbauamt, Baulinienrevision im Quartier Schwamendingen, Kreis 12, Anpassung der Baulinien an die Richtplanung und die Parzellierung des öffentlichen Grundes, Festsetzung | VTE |
| 4. | 2012/114 | * Weisung vom 21.03.2012:
Immobilien-Bewirtschaftung, Stauffacherstrasse 45, Miete, Ausbau und Einrichtung von Räumen für die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde, Objektkredit | VHB
VS |
| 5. | 2012/100 | * Postulat von Cäcilia Hänni-Etter (FDP) und Markus Hungerbühler (CVP) vom 14.03.2012:
Goldbrunnenplatz, attraktive Gestaltung ohne Beeinträchtigung der Verkehrsflächen für die verschiedenen Verkehrsteilnehmenden | VTE |
| 6. | 2012/101 | * Postulat von Cäcilia Hänni-Etter (FDP) und Isabel Garcia (GLP) vom 14.03.2012:
Goldbrunnenplatz, Installation eines Wetterschutzdaches bei der Haltestelle des Busses 32 Richtung Strassenverkehrsamt | VIB |
| 7. | 2012/95 | * Motion der AL-Fraktion vom 14.03.2012:
Bau eines Schulhauses im Gebiet Letzi Mitte (Zollfreilager) | - |
| 8. | 2012/96 | * Motion der AL-Fraktion vom 14.03.2012:
Bau eines Schulhauses im Entwicklungsgebiet Manegg | - |

9.	2012/97	*	Motion der AL-Fraktion vom 14.03.2012: Bau eines Schulhauses im Entwicklungsgebiet Leutschenbach/ Thurgauerstrasse	-
10.	2012/103	* A	Postulat von Simon Kälin (Grüne), Marlène Butz (SP) und 25 Mitunterzeichnenden vom 14.03.2012: Sicherung des Fortbestands der Voliere am Mythenquai sowie Abgeltung der von den Volieren Mythenquai und Seebach er- brachten Dienstleistungen mittels Vergabe von Leistungsaufträ- gen an die Trägervereine	VTE
11.	2012/87		Geschäftsordnung des Gemeinderats (GeschO GR), Änderung von Art. 38	-
12.	2009/363		Weisung 405 vom 19.08.2009: Motion von Peter Püntener (FDP), Gerold Lauber (CVP) und 25 Mitunterzeichnenden betreffend Lärmschutzverordnung, Totalre- vision, Antrag auf Abschreibung	PV
14.	2011/402		Weisung vom 02.11.2011: Immobilien-Bewirtschaftung, Morgartenstrasse 29, 8004 Zürich, Miete, Ausbau und Einrichtung von Räumen für die Stadtverwaltung, Objektkredit	VHB
15.	2011/293	A/P	Dringliche Motion der Fraktionen SP, Grüne und GLP vom 13.07.2011: Erarbeitung einer verbindlichen Strategie für einen Atomausstieg bis zum Jahr 2034	VIB
16.	2011/473	A/P	Dringliche Motion der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion vom 07.12.2011: Elektrizitätswerk der Stadt Zürich (ewz), Einführung von Strom- spartarifen im Rahmen der nächsten Tarifrevision	VIB
17.	2011/474	A	Dringliche Motion der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion vom 07.12.2011: Elektrizitätswerk der Stadt Zürich (ewz), stetig ansteigender An- teil aus erneuerbarer Energieproduktion bei allen angebotenen Stromprodukten	VIB
18.	2011/472	A	Dringliche Motion von Bernhard Piller (Grüne) und Helen Glaser (SP) vom 07.12.2011: Elektrizitätswerk der Stadt Zürich (ewz), Verpflichtung zu einer jährlichen Stromeinsparung von 1% pro Jahr auf der Basis des Referenzjahres 2012	VIB

* Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

Der Ratspräsident Joe A. Manser (SP) gibt die Absetzung von TOP 13, GR-Nr. 2011/103, «Weisung vom 06.04.2011: Tiefbauamt, neue Strassenverbindung Neufrankengasse, Projektierungskredit, Abschreibung» von der heutigen Tagliste bekannt. Das Geschäft wird in einer nächsten Sitzung zusammen mit der Dringlichen Motion GR-Nr. 2011/475 behandelt.

An der nachfolgenden Fraktionserklärung werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

2502. 2012/129

Erklärung der Grüne-Fraktion vom 28.03.2012: Petition zum Verzicht der ETH Zürich auf Atomstrom

Namens der Grüne-Fraktion verliest Simon Kälin (Grüne) folgende Fraktionserklärung:

Bevölkerung unterstützt Verzicht auf Atomstrom an der ETH

Die studentische Arbeitsgruppe für erneuerbare Energien an der ETH Zürich „eth.erneuerbar“ übergab am Montag die im Oktober lancierte Petition für eine atomstromfreie Energieversorgung der ETH mit 4'175 Unterschriften an den Vizepräsidenten des ETH-Rats. Dies ist ein bedeutsames und erfreuliches Zeichen für eine Zukunft ohne Atomstrom - und ein deutlicher Denkkzettel für den ETH-Präsidenten und Atomkopf, Hr. Ralph Eichler.

Die Petition fordert einen Wechsel des Stromabos der ETH und verlangt, dass die Hochschule ihren Strom wieder über ein Abo der Zürcher Elektrizitätswerke bezieht, mit dem erneuerbare Energie gefördert wird. Von 2006 bis Ende 2010 hatte die ETH ein solches Abonnement. Mit einer einsamen Entscheidung der ETH-Leitung erfolgte dann mit dem Kostenargument ein Wechsel auf das „Mixpower“- bzw. „Atommixpower“-Angebot der EWZ. Dieses setzt bekanntlich auf konventionelle Stromquellen: Atomkraftwerke, nicht zertifizierte Wasserkraftwerke und Kehrichtverbrennungsanlagen. Engagierte Studentinnen und Studenten wollten diesen Wechsel zum dreckigen Strom ihrer Hochschule nicht einfach so hinnehmen. Sie lancierten im vergangenen Herbst die Diskussion mit der Petition auf breiterer Basis. Erfreulicherweise zeigten sich grosse Kreise der Zürcher Bevölkerung mit ihrer Unterschrift solidarisch mit diesem Anliegen.

Auch der Bundesrat hat nunmehr bestätigt, dass eine Institution mit der Bedeutung der ETH eine besondere Verantwortung trägt für die Energiezukunft der Schweiz. Der ETH als einer der weltweit führenden, technischen Hochschulen kommt auch eine besondere Vorbildfunktion für die Schweiz zu. Wer führend sein will in Sachen Nachhaltigkeit und sich an der Weltspitze positionieren will in Sachen Nachhaltigkeitsforschung, der muss sich zuallererst an seinem eigenen Verhalten messen lassen. Für viele Menschen stellt die Abkehr von erneuerbarem Strom und der Bezug eines Atomstromprodukts einen Bruch der Hochschule mit den eigenen Nachhaltigkeitsrichtlinien dar. Dies gefährdet ganz direkt den hervorragenden Ruf des Polytechnikums. Nach den Ereignissen und Erfahrungen von Tschernobyl und jetzt Fukushima sollte nicht mehr möglich und erlaubt sein, was bis anhin Gang und Gäbe war. Die Leitung der ETH ist nunmehr aufgefordert, die notwendigen Konsequenzen zu ziehen und zu handeln.

Zürich und wir Grünen packen die Zukunft an, mit der Zielvorstellung der 2000 W-Gesellschaft, mit Energieeffizienz und erneuerbaren Energien. Und mit viel sportlichem Ehrgeiz!

G e s c h ä f t e**2503. 2010/167**

RPK, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle der zurückgetretenen Monika Erfigen (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2010-2014

Es wird gewählt:

Dr. Daniel Regli (SVP)

Mitteilung an den Stadtrat und an den Gewählten

2504. 2012/88

Weisung vom 14.03.2012:

Tiefbauamt, Baulinienrevision im Quartier Schwamendingen, Kreis 12, Anpassung der Baulinien an die Richtplanung und die Parzellierung des öffentlichen Grundes, Festsetzung

Zuweisung an die SK PD/V gemäss Beschluss des Büros vom 26. März 2012

2505. 2012/114

Weisung vom 21.03.2012:

Immobilien-Bewirtschaftung, Stauffacherstrasse 45, Miete, Ausbau und Einrichtung von Räumen für die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde, Objektkredit

Zuweisung an die SK HBD/SE gemäss Beschluss des Büros vom 26. März 2012

2506. 2012/100

Postulat von Cäcilia Hänni-Etter (FDP) und Markus Hungerbühler (CVP) vom 14.03.2012:

Goldbrunnenplatz, attraktive Gestaltung ohne Beeinträchtigung der Verkehrsflächen für die verschiedenen Verkehrsteilnehmenden

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Namens der Grüne-Fraktion stellt Markus Knauss (Grüne) den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

2507. 2012/101**Postulat von Cécilia Hänni-Etter (FDP) und Isabel Garcia (GLP) vom 14.03.2012:
Goldbrunnenplatz, Installation eines Wetterschutzdaches bei der Haltestelle des
Busses 32 Richtung Strassenverkehrsamt**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Es wird weder ein Ablehnungs- noch ein Textänderungsantrag gestellt.

Damit ist das Postulat dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

2508. 2012/95**Motion der AL-Fraktion vom 14.03.2012:
Bau eines Schulhauses im Gebiet Letzi Mitte (Zollfreilager)**

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Walter Angst (AL) vom 21. März 2012 (vergleiche Protokoll-Nr. 2469/2012)

Die Dringlicherklärung wird von 77 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum (63 Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder gemäss Art. 88 Abs. 2 GeschO GR) erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

2509. 2012/96**Motion der AL-Fraktion vom 14.03.2012:
Bau eines Schulhauses im Entwicklungsgebiet Manegg**

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Walter Angst (AL) vom 21. März 2012 (vergleiche Protokoll-Nr. 2470/2012)

Die Dringlicherklärung wird von 78 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum (63 Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder gemäss Art. 88 Abs. 2 GeschO GR) erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

2510. 2012/97**Motion der AL-Fraktion vom 14.03.2012:
Bau eines Schulhauses im Entwicklungsgebiet Leutschenbach/Thurgauerstrasse**

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Walter Angst (AL) vom 21. März 2012 (vergleiche Protokoll-Nr. 2471/2012)

Die Dringlicherklärung wird von 79 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum (63 Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder gemäss Art. 88 Abs. 2 GeschO GR) erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

2511. 2012/103

Postulat von Simon Kälin (Grüne), Marlène Butz (SP) und 25 Mitunterzeichnenden vom 14.03.2012:

Sicherung des Fortbestands der Voliere am Mythenquai sowie Abgeltung der von den Volieren Mythenquai und Seebach erbrachten Dienstleistungen mittels Vergabe von Leistungsaufträgen an die Trägervereine

Beschlussfassung über den Antrag auf Dringlichkeit von Simon Kälin (Grüne) vom 21. März 2012 (vergleiche Protokoll-Nr. 2472/2012)

Die Dringlicherklärung wird von 61 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum (63 Stimmen = Mehrheit der Ratsmitglieder gemäss Art. 88 Abs. 2 GeschO GR) nicht erreicht ist.

Mitteilung an den Stadtrat

2512. 2012/87

Geschäftsordnung des Gemeinderats (GeschO GR), Änderung von Art. 38

Redaktionslesung

Die Redaktionskommission (RedK) beantragt einstimmig Zustimmung zur redaktionellen Bereinigung des Gemeinderatsbeschlusses Nr. 2480 vom 21. März 2012:

Zustimmung: Präsident Mark Richli (SP), Referent; Ruth Anhorn (SVP), Irene Bernhard (GLP), Christina Hug (Grüne), Min Li Marti (SP), Dr. Ueli Nagel (Grüne), Karin Weyermann (CVP)

Der Präsident der Redaktionskommission begründet die Anträge der Redaktionskommission.

Es werden keine Anträge aus dem Rat gestellt.

Der Rat stimmt dem bereinigten Antrag der RedK stillschweigend zu.

Schlussabstimmung

Das Büro des Gemeinderats beantragt einstimmig Zustimmung zur Änderung von Art. 38 der Geschäftsordnung des Gemeinderats (GeschO GR) gemäss Kommissionsantrag vom 12. März 2012.

Zustimmung: Mark Richli (SP), Referent; Präsident Joe A. Manser (SP), 1. Vizepräsident Albert Leiser (FDP), Christina Hug (Grüne), Markus Hungerbühler (CVP), Min Li Marti (SP), Alecs Recher (AL), Mauro Tuena (SVP), Gian von Planta (GLP)

Abwesend: 2. Vizepräsident Martin Abele (Grüne)

Ohne Stimmrecht: Christian Aeschbach (FDP), Dr. Arthur Bernet (SVP), Verena Röllin (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag des Büros mit 116 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

Die Geschäftsordnung des Gemeinderats (GeschO GR) wird wie folgt geändert:

Der Gemeinderat erlässt, gestützt auf Art. 26 Abs. 1 der Gemeindeordnung, folgende Änderungen zur Geschäftsordnung des Gemeinderats (GeschO GR):

Art. 38 Schlussabstimmung

¹Eine Vorlage ist einer Schlussabstimmung zu unterstellen, wenn der Rat bei der Behandlung über einzelne Dispositivziffern abgestimmt hat, die nach dem Grundsatz der Einheit der Materie miteinander verbunden sind.

²Betreffen die Dispositivziffern einer Vorlage unterschiedliche Zuständigkeiten, findet keine Schlussabstimmung statt.

³Die Überweisung von Erlassen an die Redaktionskommission gemäss Art. 64 erfolgt nach der Detailberatung. Nach der Prüfung des Erlasses durch die Redaktionskommission führt der Gemeinderat die Redaktionslesung durch. Die Schlussabstimmung findet nach der Redaktionslesung statt.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 4. April 2012 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 3. Mai 2012)

2513. 2009/363

Weisung 405 vom 19.08.2009:

Motion von Peter Püntener (FDP), Gerold Lauber (CVP) und 25 Mitunterzeichnenden betreffend Lärmschutzverordnung, Totalrevision, Antrag auf Abschreibung

Antrag des Stadtrats

Die Motion, GR Nr. 2005/449, wird als erledigt abgeschrieben.

Schlussabstimmung

Die SK PD/V beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Zustimmung: Präsident Markus Knauss (Grüne), Referent; Vizepräsident Mauro Tuena (SVP), Marianne Aubert (SP), Marc Bourgeois (FDP), Simone Brander (SP), Peider Filli (Grüne), Kurt Hüssy (SVP), Hans Jörg Käppeli (SP), Alecs Recher (AL), Alan David Sangines (SP), Roland Scheck (SVP), Guido Trevisan (GLP), Ursula Uttinger (FDP) i.V. von Roger Tognella (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PD/V mit 118 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Die Motion, GR Nr. 2005/449, wird als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 4. April 2012 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung

2514. 2011/402**Weisung vom 02.11.2011:****Immobilien-Bewirtschaftung, Morgartenstrasse 29, 8004 Zürich, Miete, Ausbau und Einrichtung von Räumen für die Stadtverwaltung, Objektkredit**

Antrag des Stadtrats

1. Dem Mietvertrag mit Konzett + Huber, Liegenschaften + Beteiligungen, über 2959 m² Büro- und Archivfläche sowie einen Abstellplatz für Zwecke der Verwaltung in der Liegenschaft Morgartenstrasse 29, 8004 Zürich, zu einem Nettomietzins von total Fr. 736 241.–, zuzüglich Nebenkosten akonto von Fr. 54 000.–, ab 1. April 2012 mit einer festen Dauer bis 31. März 2022 und zwei Optionen für einmal zehn und einmal fünf Jahre, wird zugestimmt.
2. Für den Ausbau und die Einrichtung der Räume an der Morgartenstrasse 29, 8004 Zürich, für die Zwecke der Stadtverwaltung wird ein Objektkredit von Fr. 3 500 000.– bewilligt. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindexes zwischen der Aufstellung der Kostenschätzung (Preisstand 1. April 2011) und der Bauausführung.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements – in Vertretung des Vorstehers des Hochbaudepartements – Stellung.

Änderungsantrag

Die Mehrheit der SK HBD/SE beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK HBD/SE beantragt folgende Änderung der Ziffer 2:

2. Für den Ausbau und die Einrichtung der Räume an der Morgartenstrasse 29, 8004 Zürich, für die Zwecke der Stadtverwaltung wird ein Objektkredit von Fr. 3 150 000.– bewilligt. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindexes zwischen der Aufstellung der Kostenschätzung (Preisstand 1. April 2011) und der Bauausführung.

Mehrheit: Patrick Hadi Huber (SP), Referent; Vizepräsident Mario Mariani (CVP), Michael Baumer (FDP), Dr. Regula Enderlin Cavigelli (SP), Christoph Gut (SP), Gabriele Kisker (Grüne), Markus Knauss (Grüne), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Gabriela Rothenfluh (SP), Heinz F. Steger (FDP), Dr. Richard Wolff (AL)

Minderheit: Dr. Daniel Regli (SVP), Referent; Präsident Thomas Schwendener (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 94 gegen 25 Stimmen zu.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK HBD/SE beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK HBD/SE beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Patrick Hadi Huber (SP), Referent; Michael Baumer (FDP), Dr. Regula Enderlin Cavigelli (SP), Christoph Gut (SP), Gabriele Kisker (Grüne), Markus Knauss (Grüne), Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP), Gabriela Rothenfluh (SP), Heinz F. Steger (FDP)

Minderheit: Dr. Daniel Regli (SVP), Referent; Präsident Thomas Schwendener (SVP), Dr. Richard Wolff (AL)

Enthaltung: Vizepräsident Mario Mariani (CVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 92 gegen 28 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Dem Mietvertrag mit Konzett + Huber, Liegenschaften + Beteiligungen, über 2959 m² Büro- und Archivfläche sowie einen Abstellplatz für Zwecke der Verwaltung in der Liegenschaft Morgartenstrasse 29, 8004 Zürich, zu einem Nettomietzins von total Fr. 736 241.–, zuzüglich Nebenkosten akonto von Fr. 54 000.–, ab 1. April 2012 mit einer festen Dauer bis 31. März 2022 und zwei Optionen für einmal zehn und einmal fünf Jahre, wird zugestimmt.
2. Für den Ausbau und die Einrichtung der Räume an der Morgartenstrasse 29, 8004 Zürich, für die Zwecke der Stadtverwaltung wird ein Objektkredit von Fr. 3 500 000.– bewilligt. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindex zwischen der Aufstellung der Kostenschätzung (Preisstand 1. April 2011) und der Bauausführung.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 4. April 2012 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 3. Mai 2012)

2515. 2011/293

Dringliche Motion der Fraktionen SP, Grüne und GLP vom 13.07.2011: Erarbeitung einer verbindlichen Strategie für einen Atomausstieg bis zum Jahr 2034

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats die Entgegennahme der Dringlichen Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Mirella Wepf (SP) begründet die Dringliche Motion (vergleiche Protokoll-Nr. 1587/2011).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

Bernhard Piller (Grüne) ist nicht einverstanden die Dringliche Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Die Dringliche Motion wird mit 74 gegen 47 Stimmen dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

2516. 2011/473

Dringliche Motion der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion vom 07.12.2011: Elektrizitätswerk der Stadt Zürich (ewz), Einführung von Stromspartarifen im Rahmen der nächsten Tarifrevision

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats die Entgegennahme der Dringlichen Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Martin Luchsinger (GLP) begründet die Dringliche Motion (vergleiche Protokoll-Nr. 2083/2011).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

Bernhard Piller (Grüne) ist nicht einverstanden die Dringliche Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Die Dringliche Motion wird mit 67 gegen 50 Stimmen dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

2517. 2011/474

**Dringliche Motion der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion vom 07.12.2011:
Elektrizitätswerk der Stadt Zürich (ewz), stetig ansteigender Anteil aus erneuerbarer Energieproduktion bei allen angebotenen Stromprodukten**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats die Entgegennahme der Dringlichen Motion ab.

Dr. Davy Graf (SP) begründet die Dringliche Motion (vergleiche Protokoll-Nr. 2084/2011).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

Die Dringliche Motion wird mit 71 gegen 50 Stimmen dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

2518. 2011/472

**Dringliche Motion von Bernhard Piller (Grüne) und Helen Glaser (SP) vom
07.12.2011:
Elektrizitätswerk der Stadt Zürich (ewz), Verpflichtung zu einer jährlichen Strom-
einsparung von 1% pro Jahr auf der Basis des Referenzjahres 2012**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats die Entgegennahme der Dringlichen Motion ab.

Helen Glaser (SP) begründet die Dringliche Motion (vergleiche Protokoll-Nr. 2082/2011).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

Der Ratspräsident Joe A. Manser (SP) beantragt Reduktion der Redezeit auf drei Minuten.

Der Rat stimmt dem Antrag des Ratspräsidenten stillschweigend zu.

Martin Luchsinger (GLP) beantragt Umwandlung in ein Postulat.

Bernhard Piller (Grüne) ist einverstanden die Dringliche Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Mario Mariani (CVP) stellt den Ablehnungsantrag zum Postulat.

Das Postulat GR Nr. 2012/138 (statt Dringliche Motion GR Nr. 2011/472, Umwandlung) wird mit 65 gegen 53 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

2519. 2012/125

Einzelinitiative von Urs Frey vom 22.03.2012:

Änderung von Art. 4 der Bauordnung, Gestaltungsplan SBB-Areal Tiefenbrunnen

Von Urs Frey, Seefeldstrasse 193, 8008 Zürich, ist am 22. März 2012 folgende Einzelinitiative eingereicht worden:

Gestützt auf § 50 des Gemeindegesetzes und Art. 15 der Gemeindeordnung der Stadt Zürich reiche ich folgende ausformulierte Initiative ein:

Änderung von Art. 4 der Bauordnung (Gestaltungsplanpflicht), Ergänzung mit einem neuen Absatz 11:

"Im Gebiet SBB-Areal Tiefenbrunnen muss mit dem Gestaltungsplan sichergestellt werden, dass die Nutzung des gesamten Areals abgestimmt auf die Bedürfnisse der Benutzer des öffentlichen Verkehrs und in Koordination mit der seeseitig geplanten Nutzungsintensivierung im Bereich Seepolizei / Kibag / Hafen Tiefenbrunnen erfolgt, und dass die Überbauung der exponierten Lage entsprechend städtebaulich und architektonisch besonders gut gestaltet wird."

Begründung:

Eine Überbauung des Areals muss in Abstimmung mit den langfristigen Erfordernissen des Bahnhofbetriebs mit Umsteigeknoten auf Tram und Bus sowie den übrigen geplanten Entwicklungen im äussersten Seefeld erfolgen. Zudem sind an die Erschliessung und Gestaltung höchste Anforderungen zu stellen, handelt es sich doch um das Tor zur Stadt von der Goldküste her. Zusammen mit dem Umstand, dass Konzessionsland zur Bebauung ansteht, ist eine koordinierte, transparente und demokratisch legitimierte Überbauungslösung unabdingbar. Nach einem früher gescheiterten Projekt wurde die Öffentlichkeit von der SBB-Immobilien AG kürzlich durch entsprechende Pressemitteilungen erneut überrascht mit einem scheinbar bewilligungsreif vorangetriebenen Projekt auf dem SBB-Areal Tiefenbrunnen. Zur Neuüberbauung vorgesehen ist die süd-östlich an das Bahnhofsgebäude angrenzende Fläche, die derzeit mit einem Gastronomiegebäude (Spuntino), der P&R-Anlage und mit dem Selbstbedienungsteil der Autowaschanlage AUTOP genutzt ist.

Am 6. März 2012 haben Vertretungen der SBB-Immobilien AG anlässlich einer offenen Vorstandssitzung des Quartiervereins Riesbach über das Vorhaben informiert. Es hat sich herausgestellt, dass das Projekt auf zentrale Fragen keine oder zumindest keine befriedigenden Antworten gibt. Die Erschliessungslösung beschränkt sich auf eine Neuorganisation des Verkehrsflusses auf diesem süd-östlichen Grundstücksteil, ohne dass die bereits heute unbefriedigende Bushaltestelle mit Pw-Bahnhofsvorfahrt mit einer langfristigen Perspektive verbessert würde. Eine Erneuerung und Verbesserung der Fusswegverbindungen von und zum Bahnhof sind nicht in das Projekt einbezogen (insb. behindertengerechte Unterführungen) wie auch die Zukunft des Bahnhofes Tiefenbrunnen als solcher nicht gesichert bzw. der engere Bahnhofsbereich nicht in das Projekt einbezogen ist. Trotz offensichtlichen Zusammenhängen mit dem Bahnhofsbetrieb und den geplanten Entwicklungen seeseits der Bellerivestrasse wurde das Nutzungskonzept nicht plausibel begründet.

Mitteilung an den Stadtrat

2520. 2012/130**Motion von Tamara Lauber (FDP) und Marc Bourgeois (FDP) vom 28.03.2012: Ergänzung von Art. 23^{ter} der Gemeindeordnung (GO), Offenlegungspflicht für Gemeinderatsmitglieder, die in einer staatlich subventionierten Wohnform leben**

Von Tamara Lauber (FDP) und Marc Bourgeois (FDP) ist am 28. März 2012 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zur Ergänzung von Art. 23^{ter} der Gemeindeordnung zu beantragen, wodurch Gemeinderatsmitglieder zur Offenlegung verpflichtet werden, wenn sie in einer staatlich subventionierten Wohnform leben. Dabei ist hinsichtlich des Subventionsbegriffs auf ökonomische Kriterien abzustellen.

Begründung:

Zweck der Veröffentlichung von Interessenbindungen der Gemeinderäte ist es, wirtschaftliche und/oder ideelle Interessen der einzelnen Gemeinderäte offenzulegen, um so Ausstandspflichten beurteilen und politisches Handeln einordnen zu können.

In der Stadt Zürich wird in den nächsten Jahrzehnten ein zweistelliger Milliardenbetrag in den subventionierten Wohnungsbau fliessen. Auch auf die einzelne subventionierte Wohnung heruntergebrochen fliessen hier bedeutsame Steuermittel, welche für die jeweiligen Bewohner einen erheblichen geldwerten Vorteil darstellen.

Der Gemeinderat wird deshalb in den nächsten Jahren und Jahrzehnten regelmässig über subventionierte Wohnungsvorlagen entscheiden müssen. Wenn nun gleichzeitig einzelne Gemeinderäte in erheblichem Umfang persönlich von diesen Subventionen profitieren, sind Interessenkonflikte unausweichlich. Eine solche wirtschaftliche Interessenbindung eines stimmberechtigten Parlamentsmitgliedes rechtfertigt eine Offenlegung. Zudem kann die Ausstandspflicht gemäss Art. 30 der GeschO des Gemeinderats nur so wirksam kontrolliert werden.

Das Abstellen auf einen ökonomischen Subventionsbegriff – wie er im politischen Vokabular nicht immer üblich ist – deckt die geldwerten Vorteile der Nutzniesser in geeigneter, allgemein anerkannter Weise ab. Dabei stellen insbesondere auch die folgenden Konstrukte eine wirtschaftliche Subventionierung dar: Abgabe von Land im Baurecht zu nicht marktgerechten Preisen; Hypotheken zu nicht marktgerechten Preisen; Übernahme von Anteilscheinen bei Genossenschaften; Bereitstellung von Stiftungskapital; Erstellung eigener Wohnsiedlungen; Wohnbauaktionen zur gezielten Subventionierung einzelner Wohnungen; von gemeinnützigen, selber staatlich geförderten Institutionen subventionierte Wohnungen.

Datenschutzrechtlichen Bedenken ist dabei gebührend Rechnung zu tragen, sofern die Daten nicht ohnehin öffentlich zugänglich sind.

Mitteilung an den Stadtrat

2521. 2012/131**Motion von Markus Knauss (Grüne) und Gabriele Kisker (Grüne) vom 28.03.2012: Kauf von Liegenschaften des Kantons und des Bundes in der Stadt Zürich zur Lösung der Raumprobleme der städtischen Dienstabteilungen**

Von Markus Knauss (Grüne) und Gabriele Kisker (Grüne) ist am 28. März 2012 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird eingeladen, dem Gemeinderat eine kreditschaffende Weisung, vorzulegen, welche die drängenden Raumprobleme der städtischen Dienstabteilungen durch den Kauf von kantonalen Liegenschaften und Liegenschaften des Bundes in der Stadt Zürich langfristig löst.

Begründung:

Die Stadt Zürich platzt aus allen Nähten. Bei der Versorgung der Stadt mit öffentlichen Einrichtungen (Schulen, Kinderbetreuung, Altersheime, Tramdepots, Werkhöfe, Feuerwehr-Stützpunkte, Verwaltung, etc.) ist ein erheblicher Standort- und Raumbedarf entstanden. Bis 2025 ist von einem Bedarf für städtische Infrastruktur von mehr als 170'000 m² auszugehen. Während die Stadt Zürich aber ihre Raumbedürfnisse nur innerhalb der Gemeindegrenzen abdecken kann, haben die kantonale und die Bundesverwaltung einen viel grösseren Perimeter zur Verfügung. Der Kanton Zürich hat insbesondere mit den beiden Grossprojekten Toni-Areal der Hochschule der Künste und Sihlpost der Pädagogischen Hochschule grosse Raumreserven freigespielt.

Gemäss §9 des Planungs- und Baugesetzes ist die Stadt Zürich als Planungsträger verpflichtet, die ihm zugewiesenen Aufgaben und die Wahrung seiner Interessen auch planerisch zu sichern. Der Kanton Zürich hat bei einem überwiegenen öffentlichen Interesse beim Verkauf der entsprechenden Liegenschaften an die Stadt Zürich auch einen erheblichen Ermessensspielraum, was die Kosten anbelangt. Im Interesse eines funktionierenden Gemeinwesens sollte der Kanton Zürich deshalb Hand dazu bieten, die Funktionsfähigkeit der grössten Gemeinde im Kanton Zürich sicher zu stellen.

Mitteilung an den Stadtrat

2522. 2012/132

**Motion von Gabriele Kisker (Grüne) und Markus Knauss (Grüne) vom 28.03.2012:
Schaffung einer Zone für städtische öffentliche Bauten sowie Zuordnung von Liegenschaften, die von nicht ortsgebundenen Abteilungen der kantonalen oder der Bundesverwaltung genutzt werden**

Von Gabriele Kisker (Grüne) und Markus Knauss (Grüne) ist am 28. März 2012 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird eingeladen, dem Gemeinderat eine Weisung vorzulegen, die eine Anpassung des regionalen Richtplans und daraus folgenden Änderung der Nutzungsplanung vorsieht. Dabei soll eine Zone für städtische öffentliche Bauten geschaffen werden. Dieser Zone sollen Liegenschaften zugeordnet werden, die heute von nicht ortsgebundenen Abteilungen der kantonalen oder der Bundesverwaltung genutzt werden.

Begründung:

Die Stadt Zürich platzt aus allen Nähten. Bei der Versorgung der Stadt mit öffentlichen Einrichtungen (Schulen, Kinderbetreuung, Altersheime, Tramdepots, Werkhöfe, Feuerwehr-Stützpunkte, Verwaltung, etc.) ist ein erheblicher Standort- und Raumbedarf entstanden. Bis 2025 ist von einem Bedarf für städtische Infrastruktur von mehr als 170'000 m² auszugehen. Während die Stadt Zürich aber ihre Raumbedürfnisse nur innerhalb der Gemeindegrenzen abdecken kann, haben die kantonale und die Bundesverwaltung einen viel grösseren Perimeter zur Verfügung.

Gemäss §9 des Planungs- und Baugesetzes ist die Stadt Zürich als Planungsträgerin verpflichtet, die ihr zugewiesenen Aufgaben und die Wahrung ihrer Interessen auch planerisch zu sichern.

Mitteilung an den Stadtrat

2523. 2012/133

**Motion von Isabel Garcia (GLP) und Andreas Hauri (GLP) vom 28.03.2012:
Neuregelung der Mittagszeit in den städtischen Tagesschulen, Mittagstischen und Horten**

Von Isabel Garcia (GLP) und Andreas Hauri (GLP) ist am 28. März 2012 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Weisung vorzulegen, welche die Mittagspause in der Volksschule neu so regelt, dass in den städtischen Tagesschulen, Mittagstischen und Horten jeweils mindestens zwei Gruppen von SchülerInnen gepflegt werden können. Die Staffelung der Mittagszeit soll auf die spezifischen Bedürfnisse der verschiedenen Altersgruppen Rücksicht nehmen.

Begründung:

Berechnungen des Schul- und Sportdepartements gehen davon aus, dass bis zum Jahr 2020 70% der Kindergarten- und PrimarschülerInnen sowie 50% der SekundarschülerInnen ein Betreuungsangebot (oft über Mittag inklusive Verpflegung sowie anschliessend an den schulunterricht am Nachmittag) in Anspruch nehmen werden, was eine Verdoppelung der heutigen Kapazitäten bedeutet. Allein die Investitionskosten für die Erstellung der Bauten sowie deren Ausstattung werden von der Stadt auf über 200 Millionen Schweizer Franken geschätzt.

Die aktuellen Blockzeiten in der Volksschule, die eine für alle SchülerInnen einheitliche Mittagspause von 11.55 bis 13.45 Uhr festlegen, führen dazu, dass die Horte und Mittagstische über Mittag relativ ineffizient

genutzt werden. Gleichzeitig werden die betreuten Gruppen bei gleichbleibender Infrastruktur immer grösser und auch die Wartelisten können kaum abgebaut werden.

Eine Staffelung der Mittagspause würde es ermöglichen, in derselben Infrastruktur und mit demselben Personal ein Mehrfaches an SchülerInnen zu verpflegen und zu betreuen. Damit könnte die Betreuung insgesamt kosteneffizienter gestaltet werden.

Mitteilung an den Stadtrat

2524. 2012/134

Postulat von Severin Pflüger (FDP) und Dr. Urs Egger (FDP) vom 28.03.2012: Realisierung von Gewerbenutzungen auf den lärmbelasteten Flächen entlang der Eisenbahn

Von Severin Pflüger (FDP) und Dr. Urs Egger (FDP) ist am 28. März 2012 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie sich auf den lärmbelasteten Flächen entlang der Eisenbahn Gewerbenutzungen realisieren lassen. Zu prüfen ist insbesondere, welche bau- und raumplanungsrechtlichen Massnahmen ergriffen werden müssten.

Begründung:

Für das Gewerbe ist es in unserer Stadt sehr schwer, geeignete Räumlichkeiten zu finden. Insbesondere das produzierende Gewerbe mit Lärmemissionen wird aus unserer Stadt hinausgedrängt, weil die Toleranz gegenüber Kleingewerbe, Bäckereien etc. in der Bevölkerung immer mehr schwindet.

Grundstücke entlang von Bahnlinien eignen sich für solche Nutzungen.

Mitteilung an den Stadtrat

2525. 2012/135

Postulat von Marc Bourgeois (FDP) und Michael Schmid (FDP) vom 28.03.2012: Zeitliche Beschränkung der Strassenprostitution im Gebiet Zähringerstrasse/Häringstrasse sowie Anpassung des Nachtfahrverbots

Von Marc Bourgeois (FDP) und Michael Schmid (FDP) ist am 28. März 2012 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie unmittelbar nach Inkraftsetzung der Prostitutionsgewerbeverordnung die folgenden Massnahmen getroffen werden können:

- Zeitliche Beschränkung der Strassenprostitution im Gebiet Zähringerstrasse/Häringstrasse auf die Zeit zwischen 22:00 Uhr und 02:00 Uhr (gestützt auf PGVO Art. 7).
- Anpassung des Nachtfahrverbots an der Zähringerstrasse auf die Zeitspanne zwischen 1 h vor bis 1 h nach den zugelassenen Betriebszeiten des Strassenstrichs.

Begründung:

Trotz aller seitens der Verwaltung und Privater getroffenen Massnahmen verharren die Zustände am Strassenstrich Zähringerstrasse/Häringstrasse in einem für Anwohner und Wirtschaft inakzeptablen Zustand. Insbesondere Hotellerie und Gastronomie, aber auch weitere Gewerbebetriebe erleiden massive Einbussen, verlieren nachweislich Grosskunden, und die Hotels werden selbst auf für die Hotellerie zentralen Internetplattformen mit Hinweis auf den „red-light-district“ schlechter bewertet.

Mit einer Eröffnung des Strichplatzes kann inzwischen kaum vor dem Frühjahr 2013 gerechnet werden. Nach der Inkraftsetzung der PGVO verfügt der Stadtrat jedoch über ein erweitertes Instrumentarium, um diesen Missständen zu begegnen. Insbesondere kann eine zeitliche Einschränkung verfügt werden, was die Attraktivität des Strassenstrichs reduziert und die Immissionen auf ein akzeptables Zeitfenster beschränkt.

Bei reduzierten Betriebszeiten des Strassenstrichs wird ein durchgängiges Nachtfahrverbot, welches das Gewerbe letztlich auch wieder einschränkt, überflüssig. Es kann angelehnt an die reduzierten Betriebszeiten verkürzt werden.

Mitteilung an den Stadtrat

2526. 2012/136**Postulat von Matthias Probst (Grüne) und Dr. Richard Wolff (AL) vom 28.03.2012:
Neugestaltung des Goldbrunnenplatzes für die Quartierbevölkerung**

Von Matthias Probst (Grüne) und Dr. Richard Wolff (AL) ist am 28. März 2012 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie der Goldbrunnenplatz mit einer Neugestaltung die von der Bevölkerung verlangten Verkehrs-, Begegnungs- und Ausgleichsfunktionen besser erfüllen kann.

Begründung:

Der Goldbrunnenplatz ist heute ein wichtiger zentraler Knotenpunkt für den Verkehr. Leider ist das seine zurzeit einzige Funktion. Es wäre allerdings wünschbar, dass ein so zentraler öffentlicher Platz auch noch weitere Funktionen erfüllen kann. Zum Beispiel als Begegnungszone für die Quartier-Reisenden.

Der Stadtrat wird daher eingeladen, unvoreingenommen über die zukünftige Gestaltung des Goldbrunnenplatzes nachzudenken und dem Parlament eine Gestaltungsvorlage zu präsentieren. Dabei soll er kritisch die Aufteilung des Raumes zwischen Verkehrsfunktionen (dazu gehören Tram und Busstrasse, die Velowege, Fussgängerbereiche, Strassen für den motorisierten Individualverkehr und deren Parkplätze), Begegnungs-Funktionen (Aufenthaltsgebiete, Imbiss und Sitzmöglichkeiten) und Ausgleichsfunktionen (Begrünungen und Kulturobjekte) prüfen.

In einem öffentlichen Verfahren soll sichergestellt werden, dass die Quartierbewohnenden ihre Ansprüche anbringen können und dass diese auch aufgenommen werden.

Mitteilung an den Stadtrat

Die Einzelinitiative, die vier Motionen und die drei Postulate werden auf die Tagliste einer der nächsten Sitzungen gesetzt.

2527. 2012/137**Dringliche Schriftliche Anfrage von Dr. Urs Egger (FDP) und 37 Mitunterzeichnenden vom 28.03.2012:****Aufbauten zur Abgrenzung der Parkplatzmarkierungen an Strassenabschnitten in der Blauen Zone**

Von Dr. Urs Egger (FDP) und 37 Mitunterzeichnenden ist am 28. März 2012 folgende Dringliche Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Seit einiger Zeit fallen an verschiedenen Strassenabschnitten mit blauen Zonen Aufbauten zur Abgrenzung der Parkplatzmarkierung auf (z.B. Sonnenbergstrasse). Diese Aufpflasterungen mit Pfosten dienen wohl kaum der Verkehrssicherheit, da anzunehmen ist, dass Automobilisten die dort parkierten Autos erkennen und nicht in diese hineinfahren.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Gestützt auf welche Rechtsgrundlage wurden diese Aufpflasterungen mit Pfosten erstellt?
2. Was soll mit diesen Aufbauten bezweckt werden?
3. An welchen Strassen wurden bisher solche Aufpflasterungen angebracht?
4. Ist es geplant, diese Aufpflasterungen flächendeckend in der Stadt Zürich einzusetzen?
5. Was kostet eine solche Aufpflasterung mit Pfosten?
6. Werden diese Kosten in die Berechnung der Parkplatznutzung neuerdings einbezogen?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n**2528. 2010/68****Motion der SP-Fraktion vom 03.02.2010:****Änderung der Tarifordnung zur Kinderbetreuung, Angleichung der Tarife für Hortbetreuung an die Tarife für Tagesschulen**

Dr. Jean-Daniel Strub (SP) zieht namens der SP-Fraktion die Motion zurück.

Mitteilung an den Stadtrat

2529. 2010/130**Interpellation von Patrick Blöchlinger (SD) und Ueli Brassler (SD) vom 17.03.2010:
Landwirtschaftlich nutzbares Land in städtischem Besitz**

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 938 vom 2. Juni 2010).

Die Interpellation wird abgeschrieben (Art. 97 Abs. 3 GeschO GR).

Mitteilung an den Stadtrat

2530. 2011/498**Schriftliche Anfrage von Dr. Ueli Nagel (Grüne) und Jürg Ammann (Grüne) vom
16.12.2011:****Nutzung des Know How der Kaderleute im Pensionierungsalter**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 334 vom 14. März 2012).

2531. 2011/401**Weisung vom 02.11.2011:****Finanzdepartement, Initiativ-Genossenschaft Lindenplatz Altstetten (IGLA), Ge-
währung eines Darlehens für die Investitionen in den Saalbetrieb**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 1. Februar 2012 ist am 7. März 2012 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 4. April 2012.

2532. 2011/462**Weisung vom 07.12.2011:****Liegenschaftsverwaltung, Landabgabe im Baurecht für die studentische Wohn-
siedlung «Aspholz Süd» an der Cäsar-Ritz-Strasse, und Ausrichtung eines unver-
zinslichen Darlehens**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 1. Februar 2012 ist am 7. März 2012 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 4. April 2012.

Nächste Sitzung: 4. April 2012, 17 Uhr.